

Sächsische Volkszeitung

Erhalten täglich nachmittag, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Wochenausgabe: 1 Mtl. 50 Pf. (ohne Beilage).
Deutsch-deutsche Wochenausgabe: 1 Mtl. 50 Pf. (ohne Beilage).
Verkaufszeit: 11 - 12 Uhr.

Unabhängiges Cageblatt! Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die Säule unter dem Raum mit
15 Pf. bezahlt, bei Überholung beiderseitiger Rabatt.
Angebote, Reklamation und Weisungsstellen: Dresden.
Postamt: Dresden 48. Postkasse Nr. 1200.

S. Arbeiter als Schöffen und Geschworene.

Zu das Kapitel: Einordnung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in die bestehende Ordnung gehört auch die Heranziehung der Arbeiter zu den Ehrenämtern der Schöffen und Geschworene, um hierdurch die politische Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den anderen Ständen darzutun. Gesetzlich sind allerdings die Arbeiter von diesen Ämtern nicht ausgeschlossen. Sie können ebenso gut wie die Angehörigen der anderen Stände als Schöffen und Geschworene bestimmt werden. Allein in der Praxis ist das bisher nur in den seltensten Fällen geschehen. Die mit der Auswahl der Laienrichter betrauten Behörden haben vielfach der Überlieferung gemäß es als selbstverständlich betrachtet, daß man zu diesen Ehrenämtern keine Arbeiter beruft. Und doch ist es eine nicht allein durchaus berechtigte, sondern auch durchaus notwendige Forderung, daß auch aus den Kreisen der Arbeiter Leute zu dem Amt als Schöffen und Geschworene hinzugezogen werden. Es ist dies schon um der Rechtsprechung selbst willen eine Notwendigkeit, weil das Vertrauen des Volkes zu den Richtergerichten leiden muß, wenn der eine oder andere Stand bei der Bezeichnung der Richterstellen ausgeschlossen ist.

Eine Reihe von Urteilen gegen Arbeiter, die auf Grund von Vorgängen in der Arbeiterbewegung gefällt wurden, die selbst in christlich-nationalen Arbeiterkreisen Erstaunen und Bewunderung hervorruften müssen, hat nicht zuletzt das Misstrauen gegen die Rechtsprechung verstärkt, damit aber auch zugleich die Frage der Zusetzung von Arbeitern als Laienrichter zu einer brennenden gemacht. Der Einwand etwa, es fehle an geeigneten Beisitzern aus dem Arbeiterstande, ist in seiner Weise stichhaltig, da die Selbstverwaltung in unserer sozialen Gesetzgebung (Versicherung, Gewerbegebot), sowie das Beamtenamt unserer Gewerkschaften genügend geschulte Kandidaten für die in Rede stehenden Posten bieten. Die Schwierigkeit liegt vielmehr darin, daß die Ausübung des Laienrichteramtes ein Ehrenamt ist, für das keinerlei materielle Entschädigung gewöhrt wird. Hier liegt, ähnlich wie auch bei der Wahl von Arbeitern in den Reichstag der wundste Punkt. Einem Arbeiter wird es unter den gegenwärtigen Verhältnissen eben ganz unmöglich sein, eine akt. oder vierzehntägige Schwergerichtsverhandlung als Geschworener mitzumachen, wenn er für diese Zeit seine materielle Entschädigung bekommt. Hier ist also zunächst einzuführen. Bayern darf es sich als Verdienst anrechnen, jetzt nach dieser Richtung hin einen energischen Vorstoß gemacht zu haben. Der bayerische Landtag hat einen Beschluss gefaßt, durch den die bayerische Staatsregierung ersucht wird, im Bundesrat die nötigen Schritte zu tun, damit rechtmäßiglich den Einzelstaaten gestattet werde, Tagelieder an Schöffen und Geschworene zu gewähren. Die bayerische Reichsratskammer ist dem Beschuß der Abgeordnetenkammer beigetreten, ferner bereits die Regierung von Sachsen-Weiningen auf Grund eines die Unterstützung der Forderung der bayerischen Abgeordneten verlangenden Beschlusses des Meininger Landtags.

Es ist dringend wünschenswert, daß sich auch die anderen Bundesregierungen Bayern anschließen, und der Bundesrat selbst einer Forderung entspricht, durch welche sowohl der Justizverwaltung als dem Rechtspleite und dem Interesse der verschiedenen Gesellschaftsschichten entsprochen wird. In einer Reihe von Städten (Jena, Frankfurt a. M., Bremen, Leipzig, Nürnberg, Stuttgart) sind übrigens Arbeiter bereits als Schöffen tätig, und es ist Sache der örtlichen Gewerkschaftsverbände, Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie auch in anderen Städten die Forderung, daß Arbeiter als Schöffen und Geschworene verwendet werden, durchgesetzt werden kann.

Politische Rundschau.

Dresden, den 29. Januar 1906.

— Der Geburtstag des Kaisers wurde von den Deutschen in Paris, Wien, Budapest, Petersburg, London, Brüssel, Konstantinopel, Rom, durch Festversammlungen feierlich begangen. Besonders macht die Rede des bayerischen Gesandten in Petersburg, Lehmann v. Guttenberg, durch ihre Wärme vorzüglichsten Eindruck.

Bei der Kaisergeburtstagsfeier im Reichstage brachte Graf Ballerstrem den Trinkspruch auf den Kaiser aus. Er erinnerte an die vorjährige Erfahrung des Bringen Eitel Friedrich und dessen Verlobung, sowie an die Vermählung des Kronprinzen. Redner wußt sodann darauf hin, daß der Kaiser seit seinem Regierungsantritt stets nur den Ehrengesetz hatte, das Volk glücklich zu machen durch die Erhaltung des Friedens, natürlich eines solchen, der sich nichts von den Rechten des deutschen Volkes vergab, aber auch das Glück der Nachbarvölker erstrebte. Das sei ihm gelungen; er habe mächtig, im Verein mit dem Präsidenten Roosevelt, mitgewirkt, daß der blutige Krieg, der in Ostasien wütete, beendet und daß die Wohlverhältnisse in der marokkanischen Frage, die zu einem schlechten Ende führen könnten, beigelegt wurden. Durch die berühmte Landung auf afghanischem Boden, den seit Karl V. kein deutscher Kaiser betreten, habe er die Marokkofrage in ein für uns günstiges Fahrwasser gesetzt. Leider habe der Kaiser aber auch den Kummer gehabt, daß der schwere Opferfordernde Kampf in Südwestafrika noch nicht beendet ist, doch sei zu hoffen, daß bei der nächsten Geburtstagsfeier auch dort Friede herrsche, den unser Friedenskaiser wünsche. Um aber den Frieden zu erhalten, müsse

man gerüstet sein, es müßten die anderen Mächte wissen, daß sie, wenn nötig, aufs Haupt geschlagen werden mit der ersten Armee der Welt und der im Aufschwunge befindlichen Flotte. Am Ende seien zweierlei Prinzipien vereinigt, daß der Föderation, vertreten durch den Bundesrat und die Bundesfürsten, und daß der Einheit des Reiches, vertreten durch den Kaiser und den Reichstag. Der Reichstag gehörte zum Kaiser; beide seien am 18. Januar 1871 geborene Zwillingsschwestern. Wir haben einen herrlichen Kaiser, schloß Graf Ballerstrem, um den uns die anderen Nationen beneiden. Wir wollen seine Politik unterstützen und das tun, was nötig ist, um die Macht Deutschlands zu erhalten. In das von dem Redner ausgebrachte Hoch auf den Kaiser stimmte die Versammlung begeistert ein.

— Das „Geburtstagsgeschenk“ des Kaisers an den Reichstag. Nach den besten Informationen ist nun die Diätenfrage prinzipiell geklärt. Bei den weiteren Verhandlungen handle es sich nur um die Form aus Gründen praktischer Art, und mit Rücksicht auf die Reichsfinanzen sei die Form der Unwesenheitsgelder am zweckentsprechendsten und ausführbarsten. Der offiziöse Draft gibt diese Meldung wieder; im Reichstage hat man am Freitag abend dieselbe schon verbreitet. Es hande sich jetzt nur noch um die Frage, ob ein Pauschalquantum genehmigt werden soll oder für jede Sitzung Unwesenheitsgelder. Die Frage des Pauschalquants von 3000 Mark habe besonders beim Kaiser Anfang gefunden. Wir geben diese Nachrichten wieder, ohne eine Garantie zu übernehmen; man hat in den letzten Jahren schon zu oft ähnliche Meldungen verbreitet.

Dem Reichstage, sowie dem preußischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus liegt gegenwärtig ein ganzes Bündel von Petitionen vor, die sich mit der Diätenfrage beschäftigen. Eine dieser Petitionen ist vom Weltbunde zum Schutz der Tiere, mit etwa 100 Unterschriften, eingereicht, eine zweite von Frau Schmidt-Bürkly in Berlin und mitunterzeichnet von etwa 500 Namen aus der Aristokratie, bekannten Persönlichkeiten aus der Gelehrten-, Schriftsteller-, Beamten- und Handelswelt, sowie von etwa 140 Aerzten. Die Petition des Weltbundes zum Schutz der Tiere verlangt kurz die Beseitigung jeder Tierquälerei bei den Tierversuchen, ohne sich auf Einzelheiten einzulassen. Die Petition der Frau Schmidt-Bürkly wendet sich ebenfalls gegen die Tierquälerei bei Tierversuchen und will letztere nur noch in staatlichen Anstalten und auch dort nur in kleinstem Umfang zulassen. Beide Petitionen ist die Forderung eines Reichstagsabganges als Aufsichtsbehörde gemeinsam.

— Die Duellsklärung des Reichskanzlers beschäftigt noch fortwährend die Presse; nur ganz vereinzelte Stimmen finden diese für angezeigt. Überwiegend wird sie verurteilt und zwar namentlich auch deshalb, weil hierdurch die Anhänger des Duells im Heere wieder Oberwasser erhalten haben. Man sagt sich in den weitesten Kreisen: der oberste Beamte des Reiches proklamiert, daß bei einem Konflikt zwischen gewissen in einem mehr oder weniger engen Kreis der Bevölkerung herrschenden Anschaunen und Sitten — die zudem nach dem Befehl des Kriegsministers auch gegen das göttliche Gebot verstößen — und dem Gesetz, die Majestät des Gesetzes sich zu verflüchten habe. Er erschüttert auf die Weise das Fundament, auf dem alle Staatsordnung ruht. Denn ist der einen Gruppe der Bevölkerung erlaubt, ihre Standesbegriffe höher zu achten, als das Gesetz, so kann es auch jene andere Bevölkerungsgruppe für erlaubt halten, eine bestimmte Ansicht oder Forderung über das Gesetz zu stellen. Aber damit es ja noch nicht genug ist. Der Reichskanzler bezeichnet es nicht nur als erlaubt, daß Mitglieder des Offizierkorps sich über das Gesetz hinwegsetzen; er bezeichnet es vielmehr als ihre Pflicht, sich über das Gesetz hinwegzusetzen. Wer sich dieser Pflicht der Gesetzesverletzung nicht unterzieht, der kann in Offizierkorps nicht geduldet werden! Die „Fr. deutsche Presse“ bemerkt sehr zutreffend: „Der Kanzler und der Kriegsminister geben sich den Anschein, als ob ihr Sinnen und Trachten auf die Unterdrückung des Duells gerichtet wäre und als ob sie nur nicht wüßten, auf welchem Wege das Ziel zu erreichen wäre. Der Kriegsminister sprach davon, daß man durch Erziehung Wandel schaffen sollte in der Ansicht über das Duell; allein die erzieherische Wirkung, die von der Erklärung des Reichskanzlers erzielt werden wird, kann sicherlich keine andere sein als die, daß die im Offizierkorps über das Duell herrschenden Ansichten noch eine Festigung erfahren. Die Wahrheit ist die: auch der Reichskanzler und der Kriegsminister huldigen diesen Ansichten, und sie wollen auch gar nicht, daß mit ihnen radikal gebrochen werde, ob sie auch bestrebt sein mögen, einer Ausbreitung des Duellwunsches vorzubeugen. Es ist auch ungünstig, daß es ein sehr probates Mittel gäbe, um das Duell im Offizierkorps vollständig von der Bildfläche verschwinden zu lassen: es brauchte nur eine kaiserliche Verordnung zu ergehen, die — im straffen Gegensatz zur Erklärung des Reichskanzlers — verkündet, daß kein Duellant im Offizierkorps geduldet werden soll. Wird nun etwa einwenden, daß auch eine derartige Verordnung keinen Erfolg haben werde? Das dürfte nicht zu befürchten sein. Und ist erst das Duell aus der Armee verbannt, so wird es auch im Civil nicht mehr lange leben. Aber die Voraussetzung ist eben, daß der Wille da ist, sich des angegebenen unfehlbaren Mittels zu bedienen.“

— Das Duell und der Kriegsminister. In weiten Kreisen hat man angenommen, daß die vom Kriegsminister gegebene Erklärung des Herrn Reichskanzlers in der Duellfrage auf ein Eingreifen des Militärkabinetts und des Kai-

fers zurückzuführen sei; wir können nach Erfundungen an erster Stelle in Berlin mitteilen, daß diese Ansicht eine irrite ist. Die Erklärung stammt in erster Linie vom Kriegsminister; bei der Beratung des Militäretats dürfte die Debatte hierüber fortgesetzt werden. Die Militärverwaltung beabsichtigt, bei diesem Anlaß weitergehende Ausführungen zu geben und in erster Linie mitzuteilen, daß an der Kabinettssitzung von 1895 nichts geändert worden sei. Wir wollen erst diese Mitteilungen abwarten.

— Ein neues Sozialstengesetz hat bekanntlich der Reichskanzler im Herrenhaus fühl abgewiesen; er kommt mit den bisherigen Machtmitteln aus. Aber trotzdem schreibt der „Vorwärts“: „Es ist bekannt, daß die Mehrheit des Hauses lieber heute wie morgen ein neues Sozialstengesetz haben will. Wenn die Scharfmacher trocken ihre Wünsche nicht vortragen, so ist das — namentlich in Verbindung mit den Etatsabnahmen der letzten Jahre, bei denen ständig ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie verlangt wurde — ein Beweis dafür, daß sie annahmen, seitens der Regierung bestimmte Zusicherungen erhalten zu haben. Es mag feineswegs ausgeschlossen sein, daß die Regierung mit Vertretern des Landtages auch bereits über den Zeitpunkt der Einbringung von gezeigten Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie einigt sind. Jedenfalls verdient die im Herrenhaus aufgeführte Komödie doch immerhin eine gewisse Beachtung. Was die Scharfmacher im Schilde führen, wissen wir nicht, wir sind auf bloße Vermutungen angewiesen. Das eine aber wollen wir nachdrücklich hervorheben, daß sich die Sozialdemokratie weder durch scharfmacherische Reden provozieren, noch durch die Androhung von Ausnahmegesetzen einschüchtern läßt. Die Sozialdemokratie wird tun, was sie für richtig hält, sie wird sich weder durch den Fürsten Bülow noch durch das preußische Herrenhaus auch nur einen Moment irre machen lassen.“ Natürlich wäre eine neue Ära des Scharfmachertums den Genossen sehr erwünscht, denn jetzt zieht nichts mehr! Selbst die Wahlrechtsdemonstration hat nicht die Masse auf die Peine gebracht. Nach einer Zählung der Berliner Versammlungssäle, deren Raumgehalt man kennt, haben höchstens 35 000 Personen an diesen Versammlungen teilgenommen, darunter sehr viele Jünglinge und Frauenpersonen, so daß man höchstens von 25 000 Wählern sprechen kann. Für Berlin ist dies ein Fiasco, da ein einziger Wahlkreis das fünfzehnte der Wähler zählt. Die Genossen hätten gern ein neues Mittel zur Agitation.

— Laienrichter in Zivilsachen haben wir schon seit Jahren in — K i a u t s c h o n ; man hat dort sehr günstige Erfahrungen hiermit gemacht. Bei der vorjährigen Etatsberatung war es der Abgeordnete Gröber, der in den künftigen Denkschriften über Kautschuk hierüber nähere Mitteilungen wünschte; dementsprechend macht die soeben erschienene neue Denkschrift eingehende Mitteilungen über die mit den Laienrichtern des Gerichts des Schutzbereiches sowohl in Zivil- als auch in Strafsachen gemachten Erfahrungen. Diese werden auf Grund von Ausführungen der Richter, insbesondere des Oberrichters, als durchaus günstig bezeichnet. Das Zusammenarbeiten der Richter mit den Peisitzern ist sehr befriedigend. Findet der Richter in Fragen der praktischen Geschäftsführung bei den Peisitzern Unterstützung, so geben diese in Rechtsfragen auf die Ausführungen und Vorschläge des Richters bereitwillig ein. Die Denkschrift betont weiterhin, daß die Wirkung des Laienelements, insbesondere von Männern aus der Praxis des wirtschaftlichen Lebens, nicht nur für die Rechtsprechung auf Grund des geltenden Kolonialrechtes erwünscht sei, sondern auch für dessen innere Fortbildung. Dies bezieht sich sowohl auf den Ausbau eines Handelsgewohnheitsrechtes, als auch auf die bedeutsame Aufgabe, die der Gesetzgebung auf kolonialrechtlichem Gebiete noch gestellt sein wird. Man wird angeholt folgern, daß die Peisitzern sich sagen müssen, ob nicht auch im Mutterlande die Laien zu Zivilsachen herangezogen werden sollen. An den Handelsgerichten, den Gewerbegeichten und den Kaufmannsgerichten haben sie sich sehr bewährt.

— So weit die Ergebnisse der letzten Volkszählung bis jetzt bekannt geworden sind, zählte das Königreich Bayern am 1. Dezember 1905: 6 512 824 Einwohner, das heißt 5,5 Prozent mehr als an dem gleichen Tage des Jahres 1900. Die Einwohnerzahl des Königreichs Sachsen belief sich am letzten Zähltag auf 4 501 853 Einwohner, was einen Zuwachs um 6,6 Prozent gegen 1900 bedeutet. Im Königreich Württemberg wurden diesmal 2 300 330 Einwohner oder 6 Prozent mehr als 1900 gezählt, im Großherzogtum Baden 2 009 032 oder 7,5 Prozent mehr als vor fünf Jahren, im Großherzogtum Hessen 1 210 719 oder 8,1 Prozent mehr, im Großherzogtum Oldenburg 438 195 oder 9,9 Prozent mehr.

— Die Volkszählung in den deutschen Großstädten. Die Zahl der deutschen Großstädte, das ist der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, hat sich von 32 im Jahre 1900 auf 41 mit dem Tage der Volkszählung vom Dezember 1905 vermehrt. Es sind dies Berlin mit 2 035 815, Hamburg 800 582, München 537 800, Dresden 514 283, Leipzig 502 570, Breslau 470 018, Köln a. R. 427 944, Frankfurt am Main 336 985, Nürnberg 293 868, Düsseldorf 252 630, Hannover 249 619, Stuttgart 246 988, Chemnitz 243 964, Magdeburg 240 709, Charlottenburg 237 589, Stettin 230 578, Essen 229 270, Königsberg i. Pr. 220 212, Bremen 214 953, Duisburg 191 551, Dortmund 175 292, Halle an der Saale 169 640, Altona 167 590, Straßburg i. E. 167 342, Kiel 163 289, Mannheim 162 607, Elberfeld

162 483, Danzig 159 088, Barmen 155 974, Rixdorf 152 858, Gelsenkirchen 146 742, Hohen 144 110, Schöneberg 140 932, Braunschweig 136 428, Polen 135 743, Kassel 120 272, Bodum 117 995, Karlsruhe 111 837, Krefeld 110 410, Blauen i. W. 105 182, Wiesbaden 100 944 Einwohner. Diese 41 Großstädte zählen insgesamt 11 482 181 Einwohner. Vor fünf Jahren hatten sie eine Bevölkerung von nur 9 759 100 Personen. Sie haben also im Durchschnitt um 17,66 Prozent zugenommen; allerdings fällt hier ein Teil auf die Zunahme durch Eingemeindungen.

— Ein interessanter Streit ist im sozialdemokratischen Lager ausgebrochen. Der Abgeordnete Bebel beschwert sich bitter darüber, daß ein belgischer Genosse, de Wan, ihn kürzlich aussuchte, und dann die Unterredung publizierte; er schreibt im „Vorwärts“: „Als illoyal betrachte ich das Verfahren des Parteigenossen G. de Wan insofern, als ich ihm ausdrücklich ein Interview verweigerte und, nachdem ich mich mit ihm, wie mit jedem anderen Parteigenossen, der mich besucht und um eine Aussprache ersucht, unterhalten hatte, bat ich ihn, aus unserer Unterhaltung nichts zu veröffentlichen. Dennoch nahm er die Veröffentlichung vor.“ Der so öffentlich gerügte Genosse sucht zwar sein Verhalten zu beschönigen, aber er geht auf diesen Punkt nicht ein.

ÖSTERREICH-UGARIT.

— Graf Julius Andrássy hat seine Ideen über die Entwicklung der ungarischen Kriege dem Kaiser vorgetragen. Er ist am 26. und 27. d. M. vom Monarchen empfangen worden und hat auch mit dem gemeinsamen Kriegsminister Feldzeugmeister von Bittrich konferiert. Diese Besprechungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Standpunkt des Grafen Andrássy in der Militärfrage ein solcher ist, welcher die im Geschartikel 12 vom Jahre 1867 normierte einheitliche Leitung, Führung und innere Organisation der gesamten Armee, die auch für Ungarn die stärkste Bürgschaft seiner staatlichen Existenz bildet, noch immer derart langtzt, daß die Krone auf die unterbreiteten Vorschläge überzeugungsgemäß nicht einzugehen vermag. Bei dieser Gelegenheit hat der Kaiser an den Grafen Andrássy die Frage gerichtet, ob er auf der Grundlage der vom Monarchen zum Ausdruck gebrachten Ansichten bereit wäre, die Regierung zu übernehmen, worauf Graf Andrássy erklärte, er sei nicht in der Lage, diesem Wunsche nachzukommen. Anknüpfend an diesem Entschluß des Grafen Andrássy erging an ihn seitens des Kaisers die Weisung, den Führern der koalierter Parteien eine mit demselben Gegenstande zusammenhängende mündliche Botschaft des Kaisers zu übermitteln und über den bezüglichen Beschluß dieser Parteiführer seinerseits binnen kurzem dem Kaiser Bericht zu erstatten.

— Das Friedensprojekt der Koalition. Die wichtigsten Bedingungen, unter welchem sich die Koalition bereit erklärt, mit der Krone Frieden zu schließen und die Regierung zu übernehmen, sind nach „Ab Ujjaq“ folgende: 1) Die militärischen Fragen werden provisorisch im Wege eines königlichen Manifestes geregelt. Das Manifest dürfte in der Form erscheinen, in der die auf die Mission Baron Fejervarys bezügliche königliche Entschließung publiziert wurde. 2) Die Durchführung des Programms des Neunerkomitees der liberalen Partei kommt sofort in Anwendung. 3) Bei den ungarischen Regimentern wird die Dienstes- und Ausbildungssprache die ungarische sein. 4) Die Wappen- und Abzeichenfrage hinsichtlich der Armee und der auswärtigen Vertretungen soll sofort in das Stadium der Lösung gelangen. 5) Die seinerzeit durch den Grafen Stefan Tisza in Aussicht gestellte Honvédartillerie, sowie die technischen Truppen der Honvéd sollen organisiert werden. 6) Das gemeinsame Finanzministerium wird nach Lcsen-Pest verlegt. 7) Hinsichtlich der Auflösung und Vertragung des Reichstags werden konstitutionelle Beschränkungen inauguriert. Ungefähr dasselbe, was wir bereits vor Wochen, anlässlich des Aufstandes des Vermittlers Lukacs als das Programm der Koalition mitgeteilt haben. Über den Verlauf der Audienz hat Graf Andrássy dem Vertreter eines bissigen halboffiziellen Blattes mitgeteilt: „Die Angelegenheit steht nicht gut. Die Chancen für die Koalition sind nicht günstig.“

Ein magyarisches Kulturbild. Die „Reichspost“ schreibt: Wie tief Ungarn im Asiatentum steht, wie sehr jedes Gefühl für Recht und Gerechtigkeit in den Verwaltungsböhrden abgestumpft ist, das zeigt jene ebenso höckliche, wie brutale Szene, welche sich kürzlich in Tyrnau abgespielt hat. Zur Neujahrsszeit wurde zu Ehren einer Frau Wallner, einer in jeder Hinsicht ehrenwerten Dame, in ihrem Privathause ein Weihnachtsspiel „Das Christkindl“ im Beisein von Freunden des Hauses gegeben. Das in slowakischer Sprache verfaßte Stück, das Spiel und die Ausstattung gefielen dem Publikum so sehr, daß eine Wiederholung des Stücks beschlossen wurde. Und in der Tat wurde das erwähnte Weihnachtsspiel auf dieselbe Weise kürzlich im Januar ohne Entrée im kleinen Kreise geladener Gäste gegeben. Da auf einmal, beim Beginn des dritten Aktes, trat auf die Bühne ein Polizeimann mit acht bewaffneten städtischen Trabanten und verbot im Namen des Gesetzes die Vorstellung. Darauf erklärte die Hausfrau, daß sie die Verantwortung auf sich nehme. Doch der Polizist befahl im strengen Tone, daß jeder alljogleich das Lokal verlässe und zugleich zog er gegen das meist aus Kindern bestehende Publikum einen Revolver. Die Szene, welche sich nun jetzt abspielte, ist kaum zu beschreiben. Ein unghörbares Lärm, ein Stoßen und Drängen gegen die Ausgänge, Protestruhe der Männer und Bergleichen. Die erschrockten Kinder schreien aus vollem Halse, einige wurden vor Schred auch ohnmächtig. Einige furchtsamere Damen sprangen durch die Fenster oder warfen dort ihre Kinder ins Freie. — So etwas geschieht in einem „Musterkomitate“, dessen Sitz die alte Krönungsstadt Preßburg, „Wiens Vorstadt“ genannt wird. Das erfordert der Genius der magyarischen Freiheit. Das Weihnachtsspiel hatte sich nur deshalb die polizeiliche Verfolgung zugezogen, weil es slowenisch abgefaßt war. Hunderttausende, ja Millionen friedlicher christlicher Bürger, treuer Untertanen des Königs, strecken bittend die Hände zum Throne um Rettung vor den gewissenlosen Gewaltmenschen, die im Namen des Gesetzes jedes menschliche und göttliche Recht treten.

Sehr gern habe ich Ihnen und Ihnen
seiner Frau einen kleinen Beitrag
zum Thema "Gesundheit und Arbeit" zu
verschaffen.

— Schon lange ist unter den Gelehrten ein Streit darüber, an welcher Stelle der heilige Petrus den Martyrertod erlitt. Am deutschen Campo Santo hatte man erst im

vorigen Jahre eine Tafel angebracht, welche besagt, daß der eigentliche Ort des Martyriums beim Sirkus des Nero, also beim heutigen Vatikan sei. Diese Tafel hat der heilige Peter jedoch fürglich wieder entfernen lassen und eine erneute, genaue Untersuchung dieser Frage befohlen. Daraufhin hat nun Professor Marucchi eine höchst interessante Schrift verfaßt, in welcher er beweist, daß der heilige Petrus beim Vatikan gestrengt wurde. Zu dieser Ansicht bekennen sich jetzt fast alle bedeutenderen Forscher.

Spanien.

— Die Marokkokonferenz in Algeciras. Die Fragen des Waffenstillstands, der Steuern und Zölle, welche die Konferenz seit ihrer Eröffnung erörtert und regelt, regen die öffentliche Meinung, die in allen Ländern sensationelle Nachrichten erwartete, nicht auf. Die Konferenz ist aber von doppeltem Standpunkt zu betrachten. Die Delegierten der Mächte sind, wie sie das einmütig erklären, mit der doppelten Absicht hierhergekommen, die Reformfrage in Marocco zu regeln und eine tatsächliche und dauernde Veruhigung zwischen den einander gegenüberstehenden Mächten herbeizuführen. Die Regelung der Reformfrage nimmt ihren regelmäßigen, ungehörten Fortgang. Bis zu diesem Augenblide ist keine ernste Meinungsverschiedenheit zu Tage getreten, alle Delegierte haben einträchtig Seite an Seite geschafft und haben beraten, ohne daß auch nur ein Wölkchen ihre gute Laune vertrieben hätte. Der erste amerikanische Delegierte White, ein Mann von praktischem Sinn, einer von den Leuten, die am besten sehn und verstehen, erklärte heute dem Vertreter der „Agence Havas“: Es ist bisher mit vollkommener Höflichkeit gearbeitet worden, ohne den geringsten unliebsamen Zwischenfall. So bildet sich eine Atmosphäre der Ruhe und des gegenseitigen Vertrauens, wie wir es nicht zu hoffen gewagt hatten, als wir nach Algeciras kamen. Das ist eine gute Vorbedeutung für die schließlich Regelung. Zweifellos kann man sich nicht ohne eine gewisse Reserve Hoffnungen hingeben, aber man muß ernstlich hoffen, daß die Ergebnisse der Konferenz für alle Beteiligten glücklich sein werden.“ Diese zuversichtliche Hoffnung Whites entspricht den von anderen Delegierten ausgesprochenen Gedanken.

— Ueber die Sitzung der Marokkokonferenz am 27. Januar wurde folgender amtliche Bericht ausgegeben: Die Konferenz fuhr fort, sich mit der Prüfung geeigneter Maßnahmen zu beschäftigen, um eine Verbesserung der Steuereinnahmen in Marocco zu sichern. Sie hat sich besonders mit der Erhebung der Wolkra und der Mouna, mit der Türsteuer, der Marktsteuer und der Schlachthaussteuer beschäftigt. Dann wurde in die Beratung der Frage der Eingangszölle eingetreten. Hierbei legten die marokkanischen Delegierten einen allgemeinen Steuerreformplan vor. Dieser Plan schlägt insbesondere vor, zu den Eingangszöllen Bushlagsabgaben zu erheben und zwar bis zu 20 Prozent auf alle Waren, von 40 Prozent auf gewisse Artikel, wie Kaffee, Tee, Zucker und von 100 Prozent auf Opium und auf Getränke, mit Ausnahme von Mineralwässern. Ferner ist in dem Plan die Einführung des Tabakmonopols, sowie die Besteuerung der Wagen, der Elektrizität, des Fernsprechers, der Theater, der Kaffeehäuser vorgesehen. Die Konferenz hat, wie bereits gemeldet, beschlossen, daß der Plan der marokkanischen Delegierten gedruckt und dann in der nächsten Sitzung, die Montag nachmittags 3 Uhr stattfinden soll, verfeilt wird.

Statement

— Bis Schluss der Woche waren nachfolgende Wahlgebiete bekannt: Gewählt sind 370 Liberale, 41 Arbeitsparteiler, 83 Nationalisten und 149 Unionisten. Die Minister Haldane und Asquith wurden wiedergewählt. — Der Nationalist Higgins, der in Nord-Galway gewählt war, starb, wenige Stunden bevor seine Wahl bekannt gegeben wurde, infolge eines Herzfehlers.

Norwegen.

— Dem Blatt „Aftenposten“ in Christiania zufolge reichte der Kultusminister Knudsen seine Demission ein, weil der Ministerrat beschlossen hatte, die engültige Entscheidung über die vom ersten vorgeschlagene sofortige Ernennung dreier Professoren der Theologie bis nach den Stortingswahlen zu verschieben. Es bestehet die Möglichkeit, daß auch der Landwirtschaftsminister Vinje seine Entlassung geben werde, jedoch hoffe man, daß er, dem Wunsche seiner Kollegen gemäß, im Amte verbleiben werde. Nach anderen Angaben erfolgte die Demission deshalb, weil die anderen Minister eine Professur an Professor Ordning übertrugen, obwohl er sich zu einer unlutherischen Taufflehre bekannte. Damit ist der erste Riß in der Einigungsregierung von 1905 entstanden. Allgemein wird befürchtet, daß diese Frage Anlaß werden wird zu Streitigkeiten in der norwegischen Kirche mit nachfolgenden politischen Konsequenzen.

Rutland.

— Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlichte nachstehende Meldungen: Noch einer Berechnung des Zemstwo werden 25 Millionen Rubel nötig sein, um der von der Hungersnot betroffenen Gegend (Modskauer Gouvernement) zu Hilfe zu kommen. — 30 Mitglieder der lettischen revolutionären Banden, darunter zwei Führer, sind in Riga verhaftet worden. Die Ordnung in Livland ist wiederhergestellt. Fünf Insurgenter wurden erschossen. — Die militärische Aktion in Kurland wird mit Energie und Erfolg durchgeführt. Sechs Insurgenter sind erschossen worden. — Eine in Minsk gegen den Gouverneur geworfene Bombe explodierte nicht. Mehrere Personen, welche Revolverkuliße abgeschossen hatten, sind verhaftet worden. — Der Telegraphendienst und der Passagierdienst auf der Eisenbahn von Batum ist wiederhergestellt. Es sind Truppen eingetroffen. — Der Hauptteil der Stadt Gomel wurde durch Feuer zerstört. Die bedeutendsten Läden und der Bazar wurden gesäubert. — In verschiedenen Distrikten der Gouvernements Styr, Poltawa und Tschernigow ist infolge energischer Maßnahmen die Ruhe wiederhergestellt. Die Führer der revolutionären Bewegung sind ausgeliefert worden.

Eritrea.

— Als Maßregel gegen die Grenzsperrre werden Sanktionen aus Österreich-Ungarn Schwierigkeiten in aller Form gemacht, da die Zollbehörde die vertragsgemäßen, oft feittraubenden Kontrollbestimmungen für Provenienzen aus Österreich-Ungarn in strengste Anwendung bringt.

Türlci.

— Sieben Exarchisten wurden beim Holzfällen nächst Strumniha von Unbekannten, vermutlich Griechen, ermordet und zerstückelt. Die Einwohner dreier benachbarter Dörfer brachten mit Hilfe von vier bulgarischen Priestern die Leichen nach Strumniha, wo sie dieselben vor der Kirche aufstellten und den bulgarischen Metropoliten zwangen, eine gemeinsame Demonstration vor dem Regierungsgebäude zu veranstalten. Der Generalinspektor hat eine strenge Untersuchung angeordnet.

Mus den deutschen Reisen.

— Die Zahl der weissen Bevölkerung in den deutschen Kolonien mit Ausnahme von Südwesafrika beträgt nach den letzten Zusammenstellungen 4015 (gegen 3434 im Jahre 1904). Die grösste Vermehrung weist Ostafrika mit 400 Seelen auf, während auf die übrigen Kolonien nur ein Mehr von 181 fällt. Von den 4015 Europäern sind 2729 Deutsche in Ostafrika von 1873 Weißen 1324, in Kamerun von 826 Weißen 738, in Logo von 224 Weißen 216, in Neu-Guinea von 466 Weißen 348, auf den Karolinen von 47 Weißen 37, auf den Marshallinseln von 84 Weißen 66, auf Samoa sind neuere Zählungen nicht veranstaltet. Frauen gib' es in den Kolonien 546, Kinder 265 (davon in Ostafrika allein 316 Frauen und 205 Kinder).

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 29. Januar 1906.
Tageskalender für den 30. Januar 1906. Be-
nehmigung der Handelsverträge Deutschlands mit Belgien, Italien,
Österreich-Ungarn, Serbien, Rumänien, Russland und der Schweiz
durch den Bundesrat. — 1807. † Karl Grammann zu Dresden,
Opernkomponist. — 1889. † Kronprinz Rudolf von Österreich. —
1868. * Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein. — 1897. * Johann
Quandt zu Oberschönen in Hannover, Flötentubist, Lehrer
Friedrichs d. Gr. — 1643. Hinrichtung König Karl I. von England
zu London.

— * Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 30. Januar. Witterung: regnerisch, in den höheren Lagen Schneefall. Temperatur: normal. Winddurstung: Nordwest. Lustdruck: mittel.
— * Heute vormittag nahm der König die Vorträge der Herren Staatsminister und des Königl. Kabinettssekretärs entgegen.

—* Bei Ihrer Majestät der Königin-Witwe fand gestern abend eine Soiree statt, bei der unter Leitung des Hochschullehrers Kluge Fräulein Isa de Lastic sang. Hr. Peter von Walden trug mehrere Odeonationen vor.

— * Die Kaiser-Geburtstagsfeier des Konserватiven Vereins hatte am Freitag, 26. Mai, den Gottesdienst bis auf den letzten Platz

d. Mis. den Gewerbehaussaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den zahlreichen geladenen Ehrengästen bemerkten wir: Minister v. Rehssch., Oberhofmeister von Malortie, den preußischen Gesandten Grafen Dönhoff, Geh. Rat Wäntig, Generaldirektor Althbach u. v. a. Die Festrede hielt Rektor Prof. Dr. Sießling; sie war wohltuend kurz und doch erschöpfend. Der Redner feierte den Kaiser besonders als Friedensfürsten, der doch Heer und Flotte zu nötigem Schrage bereit hält; er hob des Monarchen Eingehen auf die soziale Frage, seine Sorge für Religion, Kunst und Wissenschaft hervor, sein Pflichtgefühl, seine Frömmigkeit, sein musterhaftes Familienleben und seine Barmherzigkeit. Dem ganzen deutschen Manne galt das dreisache Hurra der Versammelten. Später trug noch Herr Dr. med. Pollack eine schwungvolle eigene Dichtung „Bei Groß-Nabas“ (Episode aus dem afrikanischen Kriege) unter lebhafter Anerkennung vor. Der Dresdner Männergesangverein unter Kantor Paul Schöne's Leitung erfreute mit dem Kaiserhymnus (Solo: Opernsänger Gustav Fricke) und fünf Chören, die reichen Beifall ernteten ebenso wie die trefflichen von W. Olsen geleiteten Vorläufe der tüchtigen Gewerbehausekapelle! obr.

— Am Sonnabend begingen die Vereinigten Begriffs- und Bürgervereine unter dem Ehrenvorsitz des Herrn Oberbürgermeister Beuillet die Feier des Geburtstages des Kaisers im Ausstellungspalast. Der Kronungsmarsch aus den „Goldungen“ leitete die Feier ein. Ein Prolog des Herrn Redakteurs Georg Irrgang, vorgetragen von Herrn Registrator Würbe, gab Wünschen für eine glückliche Zukunft des Kaiserpaars Ausdruck. Herr Pastor Lic. theol. Dr. phil. Warmuth sprach über die tiefreligiöse Gesinnung des Kaisers und die daraus entspringende lautere Gesinnung und die ermündende Arbeitsfreudigkeit. In das Hoch am Schluße der Rede stimmte die Festversammlung begeistert ein. Es folgten im Verlaufe des Abends manche Gesänge, ernste und heitere Melodien.

— * Kaiser's Geburtstag. Um Gestaltung der
Alemannischen Handels- und höheren Fortbildungsschule
(Moritzstraße 3) gab der Direktor eine ausführliche Dar-
stellung all jener Ereignisse, welche die Marokko-Affäre
entstehen ließen. Die Rede gipfelte in dem nachhaltigen
und zugleich wirkungsvollen Eindruck, den das mostvolle
Austreten unseres Kaisers bei seinem Besuch in Tanger
hinterließ. Die durch Orgelvorträge und Odestrationen
verköhlte Feier endete mit einem dreifachen Hurrá.

— Eine imposante Rundges^ung zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England fand unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Beutler im Vereinshause statt. Professor Dr. Geh von der Technischen Hochschule hielt einen Vortrag, dem eine Wiedergabe des Verhältnisses beider Länder im Laufe der Geschichte zu Grunde lag. Anschließend daran wurde unter grohem Beifall folgende Resolution angenommen: „Die von den Vorsitzenden der Handelskammer und der Gewerbe kammer in Dresden, von dem Oberbürgermeister daselbst, sowie von den Vorsitzenden des Konservativen Vereins und des Nationalliberalen Reichsvereins in Dresden einberufene zahlreiche besuchte Versammlung aus allen Kreisen der Dresdner Bevölkerung schließt sich mit Freuden den Bestrebungen an, die den Zweck verfolgen, freundliche und gute Beziehungen zwischen Deutschland und England zu fördern. Sie erblickt in einem friedlichen und neidlosen Wettbewerbe beider Völker und in der Vertäugigung ihrer Eigenart auf allen Gebieten des geistigen und wirtschaftlichen Lebens ein wichtiges Mittel zur Förderung ihrer Wohlfahrt und der allgemeinen Auswirkungen, die zu erfüllen von der Vorsehung sie ha-

